**REFERAT**

*Thema:*

*„Parteien in Deutschland“*

von Judakina Nadeshda: 301DD

Nishnij Novgorod

2005

Inhaltsverzeichnis

1. Parteien Deutschlands..................................................................................................3
2. Die programme von Partien..........................................................................................4
   1. SPD................................................................................................................................4
   2. CDU................................................................................................................................5
   3. CSU................................................................................................................................7
   4. Die Grunen...................................................................................................................8
   5. FDP...............................................................................................................................10
   6. PDS...............................................................................................................................11

**3.** Die Situation nach den Wahlen 2005.....................................................................12

**1.** Parteien Deutschlands

Obgleich die Anzahl von Parteien in Deutschland ist zu gro# - gibt es uberhaupt die 6 wichtigsten, sie sind:

* SPD – Socialdemokratische Partei Deutschlands. Die SPD stellte fruher zusammen mit den Grünen die Bundesregierung.
* CDU - Christlich Demokratische Union. Die CDU ist neben der SPD die zweite große Partei. Es gibt sie aber nicht in Bayern, da gibt es die CSU.
* CSU - Christlich Soziale Union. Die CSU gibt es nur in Bayern. Die Partei arbeitet eng mit der CDU zusammen.
* Bundnis 90/Die Grunen - Die Grünen sind eine junge Partei (ca. 20 Jahre alt).
* FDP - Freie Demokratische Partei. Die FDP (die Liberalen) ist eine kleine Partei.
* PDS - Partei des demokratischen Sozialismus. Die PDS ist die Nachfolgepartei der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland), welche bis 1989 in Ostdeutschland (der DDR) an der Macht war. Seit Anfang 2005 hat die PDS einen Zusatz zum Namen. Sie heißt nun **"DIE LINKE.PDS**"!

Es gibt noch mehr Parteien in Deutschland. Diese haben oft sehr extreme Ansichten, und sie sind meistens sehr klein.

Alle 4 Jahre sind Bundestagswahlen. Im Bundestag sind nur die Parteien, die bei den Bundestagswahlen mehr als 5% der Stimmen bekommen. Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewält. Die wichtigsten Aufgaben des Bundestages sind die Gesetzgebung, die Wahl des Bundeskanzlers und die Komtrolle der Regierung.

**2.** Die Programme von Partien

***2.1*** *SPD*

Gründung der Partei  
am 23. Mai 1863   
in Leipzig   
   
**Mitglieder: 605.800**

Wir Sozialdemokraten, Frauen und Männer, kämpfen für eine friedliche Welt und eine lebensfähige Natur, für eine menschenwürdige, sozial gerechte Gesellschaft. Wir wollen Bewahrenswertes erhalten, lebensbedrohende Risiken abwenden und Mut machen, Fortschritt zu erstreiten.

Wir wollen Frieden. Wir arbeiten für eine Welt, in der alle Völker in gemeinsamer Sicherheit leben, ihre Konflikte nicht durch Krieg oder Wettrüsten, sondern in friedlichem Wettbewerb um ein menschenwürdiges Leben austragen, in der eine Politik der Partnerschaft und eine Kultur des Streits den Konflikt zwischen 0st und West überwinden, in der alle Völker Europas zusammenarbeiten in einer demokratischen und sozialen Ordnung des Friedens, von der Hoffnung und Frieden für die Völker des Südens ausgeht, in der die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas durch eine gerechte Welt wirtschaftsordnung faire Chancen zu eigenständiger Entwicklung haben.

Wir wollen eine Weltgesellschaft, die durch eine neue Form des Wirtschaftens das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.

Wir wollen die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann, eine Gesellschaft ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierungen und Ausgrenzungen.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer das Recht auf humane Erwerbsarbeit haben und alle Formen der Arbeit als gleichwertig behandelt werden.

Wir wollen durch solidarische Anstrengung Wohlstand für alle erreichen und gerecht verteilen.

Wir wollen, daß Kultur in ihren vielfältigen Erscheinungsformen das Leben aller Menschen bereichert. Wir wollen Demokratie in der ganzen Gesellschaft, auch in der Wirtschaft, im Betrieb und am Arbeitsplatz verwirklichen wirtschaftliche Macht begrenzen und demokratisch kontrollieren.

Wir wollen, daß wirtschaftliche Grundentscheidungen, vor allem darüber, was wachsen und was schrumpfen soll, demokratisch getroffen werden.

Wir wollen, daß die Bürger über die Gestaltung der Technik mitbestimmen, damit die Qualität von Arbeit und Leben verbessert wird und die Risiken der Technik gemindert werden.

Wir wollen einen modernen demokratischen Staat, getragen vom politischen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, der zur Durchsetzung gesellschaftlicher Ziele fähig ist und sich ständig an neuen Aufgaben wandelt und bewährt.

Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr. Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft. Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern: Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. Darum wollen wir Sozialdemokraten gemeinsam mit den demokratischen Sozialisten aller Länder für ihn arbeiten.

***2.2*** *CDU*

Gründung der Bundespartei  
am 20. Oktober 1950   
in Goslar   
   
**Mitglieder: 579.526**

**Volkspartei**  
Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.

**Politik aus christlicher Verantwortung**  
Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt. Aber das christliche Verständnis vom Menschen gibt uns eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns nicht der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.

**Sozial, liberal, konservativ**  
Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik, den Verbrechen des Nationalsozialismus und angesichts des kommunistischen Herrschaftsanspruchs nach 1945 die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier und Karl Arnold, Elisabeth Schwarzhaupt und Heinrich von Brentano haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich-demokratische Tradition in Deutschland begründet. So entstand eine neue Volkspartei, in der sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfanden. Die CDU hat damit einen neuen Anfang in der deutschen Parteiengeschichte gesetzt. Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der christlichen Kirchen und in der liberalen Tradition der europäischen Aufklärung.

***2.3*** *CSU*

gegründet am 13. Oktober 1945  
in Würzburg  
   
**Mitglieder: 173.000**

Seit ihrer Gründung versteht sich die CSU als bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch und europäischer Verantwortung. Die CSU ist eine Volkspartei, die allen Schichten unserer Bevölkerung eine politische Heimat bietet. Die CSU ist konservativ, weil sie am Bewährten und Bewahrenswerten festhält. Sie ist liberal, weil sie für die Freiheit eintritt und kollektivistische Gleichmacherei ablehnt. Sie ist sozial, weil sie sich den Schwachen und Benachteiligten verpflichtet weiß. Und sie ist fortschrittlich, weil sie offen für das Neue ist. Unser Politikverständnis gründet auf dem christlichem Menschenbild und der christlicher Werteordnung. Politik aus christlicher Verantwortung geht vom Menschen, von seinem konkreten Anliegen und Sorgen aus. Entsprechend unserem christlichen Politikverständnis und im Einklang mit der katholischen Soziallehre und der protestantischen Ethik bilden Personalität, Solidarität und Subsidiarität die Grundprinzipien unserer Gesellschaftspolitik. Wo die Selbstverantwortung des einzelnen und der Familie überfordert ist, muss die Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Wichtigste Aufgabe des Staates ist es, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen der einzelne in freier Selbstverantwortung sein Leben nach eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten gestalten kann. Die CSU bekennt sich zum freiheitlichen Rechtsstaat, zu repräsentativen Demokratie, zur Sozialen Marktwirtschaft und zum föderativen Staatsaufbau als den grundlegenden Strukturelementen eines modernen Staates.

Die CSU ist die erfolgreichste Volkspartei in Europa.

* Keine andere Partei in Europa hat über Jahrzehnte hinaus Politik so erfolgreich und kontinuierlich gestaltet wie die CSU
* Keine andere Partei hat in Europa über Jahrzehnte Wahl für Wahl das Vertrauen und die Zustimmung von deutlich über 50 Prozent der Menschen gewinnen können

Diese Erfolge verdankt die CSU einer Politik, die immer wieder neue Herausforderungen erkennt, annimmt und bewältigt. Wir verdanken diese Erfolge einer Politik, die stets klar und verlässlich am festen Wertefundament des christlichen Glaubens und Menschenbilds orientiert ist. Wir verdanken diese Erfolge aber auch unserer Struktur als echte Volkspartei in Bayern, in der alle Gruppen der Gesellschaft eine politische Heimat gefunden haben: Junge und Alte, Männer und Frauen, Arbeitnehmer, Beamte und Selbständige, Bauern und Handwerker.

***2.4*** *Die Grunen*

**Die Grünen:**   
gegr. am 12./13. Januar 1980 in Karlsruhe  
**Bündnis 90:**   
gegr. im September 1991  
**Bündnis 90/Die Grünen**   
gegr. am 14./16. Mai 1993 in Leipzig   
   
**Mitglieder: 44.250**

Aus der Gesamteinschätzung der bestehen Probleme ergeben sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich hervorgehobene Politikfelder. Wir setzen uns deshalb für die nächsten Jahre folgende Aufgaben:

1. Wir werden aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit eintreten. Gegen die drohende Rechtswende im gesamten politischen Leben unseres Landes setzen wir die Kultur von Toleranz, Solidarität und Weltoffenheit. Mit Aufklärung statt Verschleierung, mit Gestaltungsangeboten statt Problemverdrängung werden wir den Wünschen und Befürchtungen der Menschen begegnen. Wir wollen der allgemeinen Politikverdrossenheit, dem Populismus und elitärem Denken eine lebendige und transparente Politik und mehr demokratische Mitwirkungsangebote entgegensetzen. Wir stehen für die Bewahrung und Erneuerung der Demokratie.

2. Wir wollen sozial gestaltete Konzepte zum ökonomischen und ökologischen Neuaufbau Ostdeutschlands entwickeln und einfordern. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West muß als politisches Ziel neu diskutiert werden und verlangt eine Überprüfung der im Westen erreichten Standards und der im Osten gehegten Illusionen. Die Lösung der ökonomischen Probleme muß Hand in Hand gehen mit der Vertiefung von Kooperationsbeziehungen auf allen Ebenen bis hin zur gesellschaftlichen Einheit. Sie kann nur gelingen, wenn wir uns gleichzeitig der ökologischen Frage stellen. Wir werben für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den armen Schichten mit materiellem Nachholbedarf und den oft postmateriell orientierten reicheren Schichten, in den auch die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern eingehen muß. Wir stehen für einen fairen Lasten- und Interessenausgleich zwischen Ost und West.

3. Wir wollen ohne Militarismus, nationale Überheblichkeit und Großmachtphantasie die Position des vereinigten Deutschland in den Institutionen und Konflikten Europas und der Welt neu bestimmen. Unser Land muß seine Verantwortung für die Verwirklichung einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft wahrnehmen. Wir wollen darauf hinarbeiten, daß unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit unserer einen Welt die Lebenschancen aller Völker auf möglichst hohem Niveau angeglichen werden. Wir wollen darauf hinwirken, daß der Interessenstreit zwischen Staaten durch die Entwicklung und Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik abgelöst wird. Die militärische Logik der Konfliktaustragung muß durch ein demokratisch begründetes multilaterales System nichtmilitärischer Konfliktlösung ersetzt werden. Wir stehen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

4. Wir werden dafür eintreten, daß alle gesellschaftlichen Bereiche eine konsequente ökologische Umgestaltung erfahren. Wir geben uns nicht damit zufrieden, daß kleinere umweltpolitische Korrekturen vorgenommen werden, die Logik von umweltzerstörerischer Verschwendungswirtschaft aber ungebrochen weiter gelten soll. Ökologie ist mehr als Umweltschutz. Wir werden daran weiter arbeiten, daß der Wandel von Bewußtsein und Strukturen Hand in Hand geht. Die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio hat erneut bewiesen, daß auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene eine konsequente ökologische Kraft den im alten Denken verhafteten Interessenträgern entgegen treten muß. Wir sind nicht bereit, die unumkehrbaren ökologischen Einsichten vordergründigen Interessen zu opfern. Wir verstehen uns als die Organisation, die die Interessen der nachfolgenden Generationen vertritt. Wir stehen für eine konsequente Ökologiepolitik.

5. Wir wollen eine neue Sozialpolitik. Alle Menschen müssen die Möglichkeit eines menschenwürdigen und selbstgestalteten Lebens haben. Die Erfüllung der grundlegenden Lebensbedürfnisse muß gesichert sein. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut für Millionen BürgerInnen in Deutschland sind auch im marktwirtschaftlichen Rahmen nicht zwangsläufig und unvermeidbar. Die Öffnung der Schere zwischen arm und reich muß auch durch Umverteilung der vorhandenen Mittel von oben nach unten verringert werden. Zu den unverzichtbaren Aspekten einer neuen Sozialpolitik gehört aber auch deren ökologische Dimension. Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Leben in einer nicht vergifteten Umwelt und möglichst weitgehend selbstbestimmte Lebensgestaltungen ermöglicht.

***2.5*** *FDP*

**Mitglieder: ca. 64.150**

**Die Partei, die liberales Denken zur politischen Größe macht.**

In der deutschen Geschichte ist die F.D.P. der erste und einzige gelungene Versuch, das gesamte Spektrum des Liberalismus in einer Partei zusammenzufassen. Und noch vor der staatlichen Einheit war die F.D.P. die erste Partei, die sich mit den drei liberalen Parteien der DDR - dem Bund Freier Demokraten (früher LDPD und NDPD), der F.D.P. der DDR und der Deutschen Forumpartei (DFP) - vereinigte. Die gesamtdeutsche F.D.P. verabschiedete auf dem Vereinigungsparteitag im August 1990 in Hannover die Grundsatzerklärung "Für ein liberales Deutschland".

Die F.D.P. versteht sich als Programmpartei. Anders als die beiden Groß-Parteien, die in ihren Programmen konkrete Festlegungen tunlichst vermeiden, hat die F.D.P. ein klares, vom Wähler nachprüfbares Programm. Nicht nur ein Wahlprogramm mit präzisen Aussagen für die nächste Legislaturperiode, sondern auch ausführliche Sachprogramme zu vielen Einzelbereichen der Politik.

Als Partei der Toleranz baut die F.D.P. auf einen offenen, kreativen Stil. Einen, der die kritische Auseinandersetzung auch innerhalb der eigenen Partei als Voraussetzung des gesellschaftlichen Fortschritts begreift. Als Partei der Freiheit des einzelnen Bürgers ist die F.D.P. unabhängig von mächtigen Gruppen wie Gewerkschaften, Verbänden oder Kirchen. Und die F.D.P. steht dafür, daß die Bevormundung durch Großorganisationen klein bleibt und die individuelle Freiheit groß. In allen Lebensbereichen.

Das unterscheidet die F.D.P. von beiden Volksparteien, die sich gern mit dem Etikett "liberal" schmücken. Sowohl von der SPD, die im Wirtschaftsbereich ständig nach Staat und Gesetz ruft, als auch von der CDU, die bei innen- und rechtspolitischen Problemen immer wieder auf den Staat setzt. Nur für den Liberalismus ist Freiheit unteilbar.

***2.6*** *PDS*

Gründung der Partei  
1989/90   
(Umbenennung SED in PDS)   
   
**Mitglieder: 65.883**

**Wer wir sind**  
Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) ist die sozialistische Partei in Deutschland. Wir wollen nicht, daß nur noch das Geld die Menschen und die gesamte Gesellschaft beherrscht. Die PDS bekennt sich zu den demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes und verteidigt sie gegen deren neoliberale Aushöhlung. Sie möchte Menschen erreichen, die Sozialismus mit Humanismus, individueller Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, menschlicher Solidarität, ökologischer Vernunft gleichsetzen. Wir wollen für andere gesellschaftskritische politische Kräfte Partner in einem modernen linken Reformbündnis sein.

**3.** Die Situation nach den Wahlen 2005

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen sind folgende:

35,2% besetzten CDU und CSU zusammen mit 226 Sitzen;

34,2% besetzte SPD mit 222 Sitzen;

9,8% - FDP mit 61 Sitzen;

8,7% - PDS mit 54 Sitzen;

8,1% - die Grunen mit 51 Sitzen

und 4% - sonstige

Als wir sehen – nahmen CDU/CSU und SPD die meisten Sitzen im Bundestag Deutschlands ein, aber bis heute haben die Vorsitzenden (Gerhard Schroder und Angela Merkel) nicht entschieden, wer den Bundestag leiten wird. Zwei starke Parteien kampfen miteinander, obgleich sie zusammen arbeiten werden. Hoffentlich wird diese Frage im nachsten Monat von den beiden Seiten gelost!